

## DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16322  
Dienstag, 05. Juli 2022

COPA und COGECA erwarten unterdurchschnittliche Getreideernte in der EU-27 . . . . .	1
Sonderbericht des EU-Rechnungshofs zu Mittelmissbrauch in GAP . . . . .	2
Karas und Bernhuber vor EP-Votum: Kein grünes Mascherl für Atomkraft . . . . .	3
Vollversammlung der LK Niederösterreich beschloss umfangreiches Forderungspaket . . . . .	3
Kartoffel: Gute Versorgung mit Heurigen - LEH-Nachfrage unter Erwartung . . . . .	6
Hagelversicherung unterstützt Klimarat-Empfehlungen zu Bodenverbrauch . . . . .	6
AGES-Standort Innsbruck feierte 20-jähriges Jubiläum . . . . .	7

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## **COPA und COGECA erwarten unterdurchschnittliche Getreideernte in der EU-27**

### **Ölsaatenproduktion nimmt hingegen zu - Verbände mit Forderungen an EU-Kommission**

Brüssel, 5. Juli 2022 (aiz.info). - Die EU-Landwirte- und Genossenschaftsverbände COPA und COGECA erwarten 2022 eine unterdurchschnittliche Getreideernte in der EU-27, wenngleich auch die Erträge von Ölsaaten positiv ausfielen. Demnach dürften die Landwirte in der Union mit 277 Mio. t um 4,4% weniger Getreide als 2021 mit 290 Mio. t einfahren und um 3,8% weniger als die 288 Mio. t des fünfjährigen Durchschnitts. Positiv fällt die Aussicht auf die Ölsaatenproduktion der EU aus. Diese soll 32,1 Mio. t erreichen und damit das Vorjahresergebnis um 8,5% und den Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre von 29,8 Mio. t um 7,7% übertreffen.

Die kleineren Getreideerträge seien laut den Verbändeexperten vor allem den Wetterbedingungen geschuldet. Auf einer zum Vorjahr annähernd gleich großen Weichweizenfläche von 21,7 Mio. ha solle demnach der Ertrag von 129,2 Mio. t auf 123,4 Mio. t abnehmen. Besonders stark breche die Durum-Erzeugung im Jahresvergleich um 14,6% ein, beim weiteren Getreide wie Gerste, Roggen, Triticale, Hafer und Sorghum schätzen COPA und COGECA die heurige Ernte um 4,4% kleiner.

### **Wetter beeinträchtigt Weizenertrag - Forderungen an EU-Kommission**

Die rund 5%ige Ertragsminderung beim Weichweizen führen die Verbände auf Wetterextreme wie hohe Temperatur, Regendefizit und Hagel zurück. Im Lichte der international angespannten Versorgung sowie von Lebensmittelinflation fordern COPA und COGECA von der EU-Kommission, die Warnsignale ernst zu nehmen und auf Notwendigkeiten einzugehen. Dabei nennen sie konkret Transparenz und Wettbewerb am Düngemittelmarkt, Flaschenhalse in der Logistik sowie Rechtssicherheit für die Landwirte für den kommenden Anbau mit der Forderung nach Flexibilisierung in den GAP-Maßnahmen.

### **Positiver Ausblick auf EU-Ölsaatenernte 2022**

Positiver blicken COPA und COGECA der Ölsaatenernte 2022 in der EU entgegen. Das Produktionsplus von 8,5% gegenüber dem Vorjahr sei einer um fast 1 Mio. ha ausgedehnten Anbaufläche bei einem - entsprechendes Wetter vorausgesetzt - stabilem Ertragsniveau zu verdanken. So erwartet man um 7,3% mehr Raps als im Vorjahr, um 10,1% mehr Sonnenblumen und um 9,8% mehr Sojabohnen.

### **Mehr Ölsaaten, aber schwierigere Rahmenbedingungen für Anbau**

Abgesehen von der Iberischen Halbinsel und einigen zentraleuropäischen Regionen seien die Bedingungen für Wintersaaten wie Raps gut gewesen. Zudem hätten die Landwirte in der EU infolge der Ukraine-Invasion im Frühjahr um 9,3% mehr Ackerland mit Sonnenblumen und 6% mehr mit Proteinpflanzen bestellt. Darüber seien aber die zunehmend schwierigen Rahmenbedingungen für den Anbau nicht zu vergessen: Es stehe immer weniger wirksamer Pflanzenschutz zur Verfügung - COPA und COGECA fordern daher Zugang zu besser an den Klimawandel angepassten und krankheits- beziehungsweise schädlingsresistenten Sorten sowie zu alternativen Behandlungsmethoden. (Schluss) pos

## **Sonderbericht des EU-Rechnungshofs zu Mittelmissbrauch in GAP**

### **Größte Risiken liegen in illegaler Landnahme und in komplexen Förderregeln**

Brüssel, 5. Juli 2022 (aiz.info). - Der Europäische Rechnungshof veröffentlichte am Montag einen Sonderbericht über Betrugsrisiken in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Demnach entstehen die größten Risiken durch die Vertuschung von Verstößen gegen die Förderbedingungen oder durch die Kompliziertheit der GAP-Maßnahmen sowie durch illegale Formen der Landnahme. Für den Sonderbericht wurden Daten aus den Jahren 2007 bis 2013 und 2014 bis 2020 untersucht.

Zwar sei die Kommission gegen Betrug bei den EU-Agrarausgaben vorgegangen, die Prüfer halten aber stärker vorbeugende Maßnahmen gegen bestimmte Betrugsrisiken, wie etwa die illegale Landnahme, für wünschenswert, so agrarzeitung.de. So hätten 2017 Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) gemeinsam mit der Guardia di Finanza in Italien festgestellt, dass eine Reihe von "falschen Landwirten" in die Datenbank der nationalen Zahlstelle aufgenommen worden seien und unberechtigt EU-Beihilfen erhalten hätten.

### **EU-Kommission zu mehr Vorbeugung aufgerufen**

Betrug schade den finanziellen Interessen der EU und verhindere, dass die politischen Ziele erreicht werden. "Die Europäische Kommission sollte stärker vorbeugend agieren", so Rechnungshofmitglied **Nikolaos Milionis** bei der Präsentation. Ausgabenbereiche, für die komplexe Regeln gelten, seien anfälliger für Betrug, was beispielsweise für Investitionen in die Entwicklung des ländlichen Raumes gelte. Auch würden die Förderfähigkeit betreffende Informationen, wie Verbindungen zu anderen Unternehmen, verschwiegen oder nicht förderfähige Betriebe beantragten die Zahlungen etwa aus der Rubrik "Junglandwirte".

### **Flächen mit unklaren Eigentumsverhältnissen sind am anfälligsten**

Die sogenannte Landnahme könne betrügerische Praktiken wie Urkundenfälschung, Zwang, politische Einflussnahme oder die Nutzung von Insiderwissen, Manipulation von Verfahren oder Bestechungszahlungen umfassen. Öffentliche oder private Flächen, bei denen die Eigentumsverhältnisse unklar sind, seien am anfälligsten. Mitunter würden solche Flächen nur - auf legalem oder illegalem Weg - erworben, um Direktzahlungen zu erhalten, ohne überhaupt Landwirtschaft zu betreiben. Ein erhöhtes Risiko für solche Betrügereien gebe es auch bei bestimmten Arten von Weideland und in der Berglandwirtschaft, weil es dort schwieriger sei, zu überprüfen, ob die verlangte landwirtschaftliche Tätigkeit - etwa die Weidehaltung - tatsächlich stattfindet. Dies wurde anhand von Fällen aus Frankreich berichtet.

### **Regelungen betreffend Betrugsanfälligkeit auf neuesten Stand bringen**

Eine Empfehlung der Prüfer lautet, die Bewertung der verschiedenen Ausgabenregelungen hinsichtlich ihrer Betrugsanfälligkeit auf den neuesten Stand zu bringen. Das gelte auch für die Bewertung der Maßnahmen, mit denen die EU-Länder die Aufdeckung, Verhinderung und Beseitigung von Betrug ermöglichen. Die Prüfer empfehlen der Europäischen Kommission ferner, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die wichtigsten Betrugsrisiken einzudämmen und die Nutzung von Technologien wie Data Mining, maschinelles Lernen, Satellitenaufnahmen und

Fotoauswertung zu fördern, die bei der Betrugsbekämpfung nützlich sein können. Auch sollte sie die EU-Länder zu Schritten in diese Richtung ermuntern. (Schluss)

## **Karas und Bernhuber vor EP-Votum: Kein grünes Mascherl für Atomkraft**

**Knappe Abstimmung erwartet - Kernenergie nicht nachhaltig - Keine Hintertür in Taxonomie**

Straßburg, 5. Juli 2022 (aiz.info). - "Eine 'grüne' Atomkraft gibt es nicht, und daher dürfen auch Investitionen in die Atomkraft kein grünes Mascherl bekommen", sagen die Europaabgeordneten **Othmar Karas** und **Alexander Bernhuber** im Vorfeld der am Mittwoch dieser Woche in Straßburg im Europaparlament (EP) angesetzten Plenarabstimmung über die sogenannte Taxonomie. Die beiden Abgeordneten haben offiziell Einspruch dagegen eingelegt, dass Investitionen in die Atomkraft ein "grünes" EU-Etikett erhalten sollen. Karas hatte den Einspruch initiiert und überparteiliche Unterstützung der österreichischen Abgeordneten in den zuständigen Ausschüssen und darüber hinaus organisiert.

"Die Ablehnung von Kernkraft ist keine parteipolitische Frage, sondern ein gemeinsames Anliegen. Kernenergie ist und kann keine nachhaltige Zukunftstechnologie sein", so Karas, Erster Vizepräsident des Europaparlaments und Mitglied im Wirtschaftsausschuss. Bei einer gemeinsamen Abstimmung der Ausschüsse für Wirtschaft und Umwelt im Juni hatte eine Mehrheit der Abgeordneten für den Einspruch und daher gegen ein grünes Mascherl für die Atomkraft gestimmt. Im Plenum wird am Mittwoch eine knappe Abstimmung erwartet.

"Der Vorschlag der Kommission war stark von der Atomlobby und vor allem aus Frankreich beeinflusst, das 70% seines Stroms aus Kernkraftwerken bezieht. Die Taxonomie darf nicht die Hintertür für eine Renaissance der Atomkraft werden. Diese als 'grüne' Technologie zu etikettieren, wäre absurd. Atomkraft hat in der Taxonomie nichts verloren. Jeder Cent, der in die Atomkraft fließt, entfernt uns von wirklich grünen und nachhaltigen Investitionen", so das Mitglied des Umweltausschusses, Bernhuber. (Schluss)

## **Vollversammlung der LK Niederösterreich beschloss umfangreiches Forderungspaket**

**Schmuckenschlager: Für Versorgungssicherheit braucht es mehr als Lippenbekenntnisse**

St. Pölten, 5. Juli 2022 (aiz.info). - Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) Niederösterreich befasste sich am Montag in der LK-Technik Mold mit aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft und beschloss eine Resolution mit einer Reihe von Forderungen und Anliegen (siehe Download unten). Das Hauptaugenmerk galt den wirtschaftlichen Verwerfungen durch den Ukraine-Krieg, der Versorgungssicherheit - unter anderem im Energiebereich - sowie der Weiterentwicklung beim Tierschutz. "Alle reden von Versorgungssicherung - dazu braucht es aber mehr als lose Lippenbekenntnisse", sagte Präsident

**Johannes Schmuckenschlager.** Hier gehe es um Lebensmittel, Energie und auch Betriebsmittel.

Thema in diesem Zusammenhang war auch der Verkauf der Borealis-Düngersparte. Um die Produktion von und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln sicherstellen zu können, bräuchten die Bäuerinnen und Bauern die notwendigen Betriebsmittel. Dass ein teilstaatliches Unternehmen dann die für die Eigenversorgung so wichtige Düngemittelsparte verkauft, sorge für völliges Unverständnis in der Bauernschaft. LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf:** "Ich habe null Verständnis dafür, dass die letzte Stickstoffproduktion in Österreich an einen ausländischen Konzern verkauft werden soll, das macht die Lage der Inlandsversorgung nicht besser. Wir haben daher einen Kartellanwalt eingeschaltet. Aufgrund der Größe des geplanten Deals hat die EU hier jedenfalls das Recht und vielmehr auch die Pflicht, den Verkauf äußerst kritisch unter die Lupe zu nehmen. Die heimische Lebensmittelproduktion und unsere Bäuerinnen und Bauern sind auf Düngemittel angewiesen, und die Erzeugung dieser muss in Österreich rot-weiß-rot bleiben."

So gelte es zur Sicherung der Versorgung in Krisenzeiten die Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe für die energetische und stoffliche Nutzung rasch auszubauen. Die Krisenresilienz müsse in Zukunft gesichert und dort, wo Potenziale vorhanden sind, ausgebaut werden. Versorgungssicherung in Krisenzeiten sei aber nur dann gewährleistet, wenn in Normalzeiten nachhaltig wirtschaftende, bäuerliche Strukturen durch berechenbare und stabile Rahmenbedingungen abgesichert werden und regionale Produkte und Kreisläufe auch wertgeschätzt werden. Der Kauf regionaler Lebensmittel sei die Basis der Versorgungssicherung für Krisenzeiten und die einzig mögliche Krisenvorsorge im Sinne einer wirtschaftlichen Landesverteidigung.

### **Energie aus Biomasse ist unverzichtbar**

Der Krieg in der Ukraine zeigte drastisch die Abhängigkeit der EU und Österreichs vom Import fossiler Energieträger. "Es zeigt sich, wie unverzichtbar Energie aus Biomasse aus heimischer Land- und Forstwirtschaft für eine sichere Versorgung im Energiebereich ist. Nur wenn wir die heimische Biomasse nutzen, kann uns die Energiewende gelingen und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert werden. Daher muss die Forcierung erneuerbarer Energieträger in und aus der Region oberste Priorität haben. Das ist das Erfolgskonzept der Zukunft", betonte Schmuckenschlager.

Die LK Niederösterreich verabschiedete dazu im Energiebereich ein Erneuerbaren-Gase-Gesetz, fehlende Durchführungsbestimmungen zum Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) sowie für die Freisetzung des - im Rahmen der Ökosozialen Steuerreform der Landwirtschaft zugestandenen - Sonderinvestitionsprogramms "Energieautarke Bauernhöfe". Sollte es zu weiteren Verschärfungen bei der Gasversorgung und Energielenkungsmaßnahmen kommen, müssten - im Sinne der Versorgungssicherheit - die Land und Forstwirtschaft sowie die Lebensmittelwirtschaft prioritär behandelt werden. Dies betreffe auch die Logistikkette und die Zulieferindustrie.

### **Planungssicherheit für Tierhalter ist wichtiger Schritt**

Das Tierwohl-Paket bringt Weiterentwicklungen für die Tierhaltung in Österreich, vor allem aber auch in der Planungssicherheit und Berechenbarkeit für die Betriebsführer. "Es gibt jetzt Klarheit hinsichtlich Übergangsfristen - das ist ein wichtiger Schritt, Neu- und Umbauten in der Tierhaltung sind schließlich sehr kostenintensiv und müssen über einen langen Zeitraum verdient werden. In weiterer Folge geht es darum, alternative Systeme bestmöglich zu entwickeln und die Betriebe bei

der Umstellung zu unterstützen", so Schmuckenschlager. Er nimmt auch die Abnehmer in die Pflicht: "Österreichs Landwirtschaft bekennt sich klar zum Wohl ihrer Tiere. Nun sind auch die Partner in der gesamten Lebensmittelkette, allen voran der Handel, an der Reihe, Verantwortung zu übernehmen. Eine Weiterentwicklung beim Tierschutz darf nicht auf Kosten der österreichischen Tierhalter und deren Familien gehen. Sie muss marktorientiert erfolgen. Nur wenn Tierwohl-Programme auch am Markt nachgefragt werden, können sie sich langfristig etablieren und den Betrieben eine Zukunftsperspektive bieten." Dazu zähle auch die Kontrolle der Herkunftskennzeichnung. Schmuckenschlager fordert den Gesundheitsminister auf, seiner Verantwortung nachzukommen.

"Österreich hat in den letzten Jahren besonders im Schweinebereich die Standards weiterentwickelt und unterscheidet sich dadurch deutlich von anderen EU-Ländern. Unsere Bäuerinnen und Bauern sind in Vorlage gegangen. Damit die heimischen Betriebe am offenen Markt in der EU eine Chance haben, braucht es die Unterstützung und das Bekenntnis aller zu Fleisch aus Österreich", erklärte Schmuckenschlager.

### **Weitere Forderungen der LK Niederösterreich**

Zudem fordert die LK eine Neubewertung des Green Deals der EU. Die Reduktionsziele beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffen seien völlig undifferenziert. Sie berücksichtigten in keinster Weise Folgenabschätzungen und gefährdeten die Produktivität und Versorgungssicherheit in Europa. Neben der Neubewertung der Reduktionsziele fordert die LK vor allem, bereits seit Jahren erbrachte Vorleistungen sowie Folgenabschätzungen dezidiert zu berücksichtigen.

Weitere Forderungen betreffen Bewässerungsmöglichkeiten im regionalen sowie überregionalen Bereich, Fördermaßnahmen im pflanzlichen und tierischen Bereich und in der Forstwirtschaft sowie Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen im Bereich Klimaanpassung.

Zum GAP Strategieplan betont die Kammer als Ziele: Nachhaltige Produktionspotenziale seien sicherzustellen und ungeeignete Einschränkungen etwa beim Pflanzenschutz oder praxisfremde Düngereduktionsmaßnahmen sind abzulehnen. Es dürfe zu keinen praxisfremden Verschärfungen oder Anpassungen bei Direktzahlungen, besonders in der Konditionalität, aber auch der Ländlichen Entwicklung kommen. Die Abwicklung des INVEKOS-Systems sei möglichst unbürokratisch sicherzustellen. Der Zugang zur Antragstellung sei wie bisher selbsttätig über eAMA oder die Bezirksbauernkammer zu ermöglichen.

Eine Reihe weiterer Anliegen und Forderungen ist im unten angehängten PDF nachzulesen. (Schluss)  
- APA OTS 2022-07-05/14:12

## **Kartoffel: Gute Versorgung mit Heurigen - LEH-Nachfrage unter Erwartung**

Angebot setzt Preisdruck insbesondere in Niederösterreich und im Burgenland fort

Wien, 5. Juli 2022 (aiz.info). - Die feuchtwarme und entsprechend wüchsige Witterung sorgt am österreichischen Frühkartoffelmarkt in allen Landesteilen für gut durchschnittliche Erträge. Entsprechend umfangreich ist die Versorgung mit Heurigen. Zur Angebotsregulierung und zur Vermeidung von übergroßen Knollen bleibt die Empfehlung für reifefördernde Maßnahmen aufrecht. Die Nachfrage aus dem Lebensmitteleinzelhandel (LEH) bleibt weiterhin unter den Erwartungen. Der in erster Linie dem umfangreichen Angebot geschuldete Druck auf die Erzeugerpreise setzt sich insbesondere in Niederösterreich und im Burgenland fort.

Bei der Vermarktung wird in Niederösterreich seit Monatsbeginn verstärkt auf die Schalenfestigkeit der Knollen Wert gelegt, so die Landwirtschaftskammer. Dazu hat in den letzten Junitagen ein üblicher hitzebedingter Konsumrückgang, aber auch die engere Budgetlage zu Monatsende beigetragen. Bei den heurigen Absatzerwartungen sind allgemein die "Corona-Zuwächse" aus den Vorjahren und die wiedererwachte Reisefreudigkeit der Konsumenten zu berücksichtigen. In Niederösterreich und im Burgenland wurden zu Wochenbeginn meist 20 bis 25 Euro/100 kg bezahlt. In Oberösterreich lagen die Preise zuletzt noch bei 28 bis 30 Euro/100 kg und in der Steiermark bei 35 Euro/100 kg.

### **Deutschland: Supermärkte noch mit Mittelmeer-Frühware versorgt**

Das Kartoffelsortiment in den deutschen Supermarktregalen wird noch von importierten Frühkartoffeln aus dem Mittelmeerraum dominiert. Diese Woche soll die Umstellung auf festschalige Frühkartoffeln deutscher Herkunft Fahrt aufnehmen und der Bedarf entsprechend steigen. Bereits zuletzt standen die deutschen Frühkartoffelproduzenten in den Startlöchern, um mit umfangreicheren Rodungen zu beginnen. Denn aus Erzeugersicht sind abgereifte Bestände schon in ausreichender Menge verfügbar, um eine breitere Versorgung sicherzustellen. Insgesamt blieb der deutsche Markt zuletzt sehr ausgeglichen und an den Preisen ergab sich wenig Änderung. Die Erzeugerpreise für festschalige deutsche Frühkartoffeln lagen zu Wochenbeginn bei 48 bis 50 Euro/100 kg. (Schluss)

## **Hagelversicherung unterstützt Klimarat-Empfehlungen zu Bodenverbrauch**

Weinberger begrüßt Forderung nach PV-Anlagen auf Dächern und verbauten Flächen

Wien, 5. Juli 2022 (aiz.info). - Sonnenstrom hat für die Energiewende das größte Potenzial, das gilt es intelligent zu nutzen. Statt in wildwachsenden Photovoltaik-Parks sollen PV-Anlagen laut Klimarat auf vorhandenen Dachflächen und sonstigen bereits verbauten Flächen installiert werden. Dies sei erfreulich, weil diese einen maßgeblichen Anteil im Kampf gegen die Klimakrise und den Bodenverbrauch leiste, die regionale Wertschöpfung stärke und die Umwelt schone, ohne die Natur weiter zu belasten oder zu zerstören, unterstützt **Kurt Weinberger**, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung, die Empfehlungen des Klimarats zur Vermeidung des

Bodenverbrauchs. "Wollen wir Klima- und Energiekrise rasch meistern, brauchen wir einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien. Die Photovoltaik liefert dazu einen wesentlichen Beitrag, muss jedoch primär auf vorhandener 'toter' Substanz installiert werden. Dieser Meinung sind laut einer Market-Umfrage auch 94% der Österreicher/-innen sowie der Klimarat. Zu dieser Substanz zählen Dachflächen auf Firmen, Supermärkten, Wohnblöcken, Bauernhöfen und Gewerbeparks, aber auch Überdachungen von Parkplätzen sowie entlang von Bahntrassen und Autobahnen", so Weinberger.

Österreich sei beim täglichen Bodenverbrauch mit 11,5 ha bereits Europameister im negativen Sinne. Lebende Äcker und Wiesen seien eine nicht vermehrbare wertvolle Ressource und für das Leben auf der Erde von entscheidender Bedeutung: Sie liefern Lebensmittel, binden Kohlenstoff und regulieren damit Dürren, reinigen Wasser und reduzieren die Hochwassergefahr, geben Menschen, Tieren und Pflanzen Lebensraum. "Wertvolle Agrarflächen gehören daher gesetzlich geschützt", so der Appell. Erfreulich sei auch die Empfehlung des Klimarats, Sanierungen höher zu fördern als Neubauten und die Länderkompetenz bei der Raumordnung zu stärken. "Insgesamt ist das vom Klimarat vorgeschlagene Maßnahmenbündel zur Eindämmung des Bodenverbrauchs sehr zu begrüßen", so Weinberger abschließend. (Schluss)

## AGES-Standort Innsbruck feierte 20-jähriges Jubiläum

Strategisch wichtiger Partner für Behörden, Produzenten und Betriebe in Westösterreich

Innsbruck, 5. Juli 2022 (aiz.info). - Im Zuge des Gründungsjubiläums der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) feierte nun der Standort Innsbruck "Labor- und Spezialdiagnostik-Dienstleister für die Gesundheit und Ernährungssicherheit" seine ersten 20 Jahre. 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Tiroler Landeshauptstadt widmen sich mit modernster Analytik, spezieller Diagnostik und umfassender wissenschaftlicher Expertise unterschiedlichsten Aufgaben in den Bereichen Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit, Öffentliche Gesundheit und Strahlenschutz sowie Ernährungssicherung und Landwirtschaft.

Damit sei die AGES ein strategisch wichtiger Partner für Behörden, regionale Produzenten und anerkannte Betriebe in Westösterreich. "Der hohe Lebensmittelsicherheitsstandard und Tiergesundheitsstatus in Österreich sind keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis dieser guten Zusammenarbeit von Behörden, Unternehmen und Wissenschaft", so Tirols Gesundheitsdirektorin **Theresa Geley** bei der Feier. Von der Pflanzenschutzmittel-Rückstandsanalytik für Österreich und andere Mitgliedstaaten und vom Beitrag zur Harmonisierung EU-weit gültiger Qualitätsstandards in der Analytik über mikrobiologische Sicherheitskriterien im EU-Lebensmittelsicherheitsnetzwerk bis hin zum molekularbiologischen Monitoring von Tierseuchen und der Umweltüberwachung - etwa von Badegewässergüte oder Radioaktivität im Westen Österreichs - habe sich die AGES in den vergangenen 20 Jahren ein umfassendes Fachwissen zu zahlreichen Gesundheits-, Ernährungssicherheits- und Umweltthemen erarbeitet, betonte AGES-Geschäftsführer **Thomas Kickinger**.

Gerade in der Corona-Krise sei es dem Standort in Tirol mit bedeutenden Laborkapazitäten und fachlicher Expertise, neben der fordernden Routinetätigkeit, gelungen, ein krisenerprobter, zukunftsfitter und strategisch wichtiger Partner mit breit aufgestellter Infrastruktur und Backup-Lösungen für die vielen Aufgaben der AGES zu sein, sagte

**Anton Reinl**, Geschäftsführer der AGES. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten mit ihren wissenschaftlichen Studien, Projekten und Initiativen einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit der heimischen Bevölkerung sowie des ländlichen Lebensraumes, betonten beide Geschäftsführer.  
(Schluss)